

Chronik des Jahres 1934

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **27 (1935)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Chronik des Jahres 1934.

Schweiz.

26. Jan.: Das Referendum gegen das Bundesgesetz vom 13. Oktober 1933 über den Schutz der öffentlichen Ordnung ist mit 146,643 Unterschriften zustande gekommen.
31. Jan.: Die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen erreicht mit 101,111 den Höhepunkt dieses Winters.
Der Bundesrat erlässt eine Botschaft betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Regelung der Beförderung von Gütern mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen (Verkehrsteilungsgesetz).
2. Febr.: Der Bundesrat erlässt eine Botschaft betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.
22. Febr.: Zur Beratung eines Vorentwurfs für eine Revision von Art. 34 der Bundesverfassung betreffend die Handels- und Gewerbefreiheit findet in Luzern eine Konferenz der Wirtschaftsverbände statt.
11. März: In der Volksabstimmung wird das Bundesgesetz betreffend den Schutz der öffentlichen Ordnung bei einer Stimmbeteiligung von 78 Prozent mit 488,672 gegen 419,399 Stimmen verworfen.
12. März: Bundesrat Häberlin erklärt seine Demission.
Der Bundesrat untersagt die Eröffnung neuer Unternehmungen in der Uhrenindustrie und die Erweiterung bestehender ohne Bewilligung.
- Mitte März: Nachdem die 17 grössten Firmen der Maschinenindustrie einen Lohnabbau von 5 bis 12 Prozent angekündigt hatten, hat der S. M. U. V. die Einsetzung einer interkantonalen Einigungsstelle beantragt. Diese hat nach langen Verhandlungen einen Einigungsvorschlag gemacht, der eine Reduktion und teils auch eine Verschiebung des Lohnabbaues enthielt. Der Vorschlag wurde von Arbeiter- und Unternehmerseite angenommen.
18. März: Eine Landeskonzferenz der Maurer, Handlanger, Steinhauer und Zimmerleute hat den Vorschlag der interkantonalen Einigungsstelle betreffend einen Lohnabbau von ungefähr 5 Prozent angenommen. Die Verträge im gesamten Baugewerbe waren schon anfangs des Jahres von Unternehmerseite gekündigt worden, um einen weitgehenden Lohnabbau durchzuführen.
22. März: Die vereinigte Bundesversammlung wählt Ständerat Dr. Johannes Baumann, Herisau (freis.), mit 141 Stimmen zum Bundesrat. Der liberal-konservative Dr. Ludwig erhält 73 Stimmen, der Kandidat der Sozialdemokraten, J. Huber, im ersten Wahlgang 52.
Bundesrat Musy demissioniert.
28. März: Die vereinigte Bundesversammlung wählt Ständerat Philipp Etter, Zug (kath.-kons.), mit 115 Stimmen zum Bundesrat; der sozialdemokratische Kandidat Huber erhält 62 Stimmen.
Die Bundesversammlung genehmigt einen dringlichen Bundesbeschluss über die Förderung der Ausfuhr durch staatliche Risikogarantie mit 113 gegen 2 Stimmen im Nationalrat und 21 Stimmen im Ständerat.
Die Bundesversammlung beschliesst durch dringlichen Bundesbeschluss die Fortsetzung der Bundeshilfe für die Landwirtschaft zur Stützung des Milchpreises und bewilligt bis Ende April

1935 einen Kredit im Betrage von 15 Millionen aus Bundesmitteln, des Reingewinnes der Butyra und der Einnahmen aus Zollzuschlägen auf Futtermitteln.

Die Bundesversammlung beschliesst durch dringlichen Bundesbeschluss eine Kredithilfe für notleidende Bauern für die Jahre 1934/35 und bewilligt hierfür einen Kredit von 18 Millionen Franken.

23. April: An einer Konferenz der schweizerischen Wirtschaftsverbände in Bern stellt Bundesrat Schulthess das Problem der Preise und des Einfuhrschutzes zur Diskussion, insbesondere die Frage, ob der Bundesrat von der Bundesversammlung Vollmachten verlangen solle, «um die Kosten der Lebenshaltung, namentlich die der Mietpreise, zu reduzieren». Die Vertreter der Wirtschaftsverbände sprechen sich einstimmig gegen Vollmachten zu diesem Zwecke aus.
15. Mai: Es bildet sich ein Aktionskomitee zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, des Föderativverbandes, der Nationalen Aktionsgemeinschaft und von landwirtschaftlichen Organisationen, das die Lancierung einer Initiative an die Hand nimmt.
12. Juni: Die Initiative über den Ausbau der Alpenstrassen ist mit 147,830 Unterschriften zustandegekommen.
20. Juni: Die Bundesversammlung ergänzt den Bundesbeschluss vom 18. März 1932 über produktive Arbeitslosenfürsorge und erhöht den Kredit hierfür auf 5 Millionen Franken.
22. Juni: Die Bundesversammlung erhöht den Kredit für die Subventionierung von Notstandsarbeiten um 3 Millionen Franken.
Die Bundesversammlung ermächtigt den Bundesrat, die Kredite, welche die eidgenössische Darlehenskasse gewähren darf, um 100 Millionen zu erhöhen (bisher 200 Millionen Gesamtkredit).
- 4./5. Juli: Eine Expertenkonferenz der Wirtschaftsverbände nimmt Stellung zu den Vorschlägen der Expertengutachten Grimm-Rothpletz und Käch und begrüsst Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung.
26. Juli: Die Schweiz schliesst mit Deutschland ein Clearingabkommen, das vorsieht, dass sämtliche Zahlungen über die zentralen Notenbanken geleitet werden.
4. Aug.: Der Bundesrat errichtet eine Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung.
1. Sept. Das Bundesgesetz über die wöchentliche Ruhezeit vom 26. September 1931 samt Vollziehungsverordnung vom 11. Juni 1934 wird in Kraft gesetzt.
5. Sept.: Die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung ist mit 78,050 Unterschriften, eingereicht von der «Nationalen Tatgemeinschaft», bestehend aus der Nationalen Front, den Schweizer Jungkonservativen, der Landesgemeinschaft «Das Aufgebot» und der Neuen Schweiz, zustandegekommen.
23. Sept.: In allen grössern Städten finden machtvolle Kundgebungen der Arbeiterschaft statt für die Forderungen der Kriseninitiative und gegen die Entstaatlichung der Bundesbahnen.
28. Sept.: Die Bundesversammlung nimmt das Verkehrsteilungsgesetz mit 85 gegen 2 Stimmen im Nationalrat und 31 gegen 1 Stimme im Ständerat an.

Die Bundesversammlung stimmt dem Bundesratsbeschluss betreffend die Getränkesteuer in beiden Räten mehrheitlich zu.

3. Okt.: Die Initiative zum Schutze der Armee und gegen ausländische Spitzel ist mit 91,713 Stimmen zustandegekommen.
17. Okt.: Der Bundesrat erlässt eine Botschaft an die Bundesversammlung über Arbeitsbeschaffung und andere Krisenmassnahmen, worin er einen Kredit von 40 Millionen bis 1937 verlangt.
8. Nov.: Die Bundesversammlung genehmigt das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen im Nationalrat mit 119 gegen 1 und im Ständerat mit 35 Stimmen.
28. Nov.: Die Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not (Kriseninitiative) ist mit 335,348 Unterschriften zustandegekommen.
8. Dez.: Das Verrechnungsabkommen mit Deutschland wird durch ein Zusatzabkommen geändert, wonach der Export nach Deutschland begrenzt wird, um genügend Devisen zur Bezahlung der Zinsen für die schweizerischen Guthaben in Deutschland zu erhalten.
20. Dez.: Die Bundesversammlung genehmigt einen dringlichen Bundesbeschluss, der dem Bundesrat Vollmachten gibt betreffend die Organisation der Bundesbahnen und die Anstellung von Personal für die S. B. B., ohne es dem Besoldungsgesetz zu unterstellen. Eintreten wird im Nationalrat bei Namensaufruf mit 110 gegen 66 Stimmen, die Dringlichkeit mit 87 gegen 67 Stimmen beschlossen. (Schlussabstimmung 58 : 44.) Der Ständerat stimmt mit allen gegen 2 Stimmen zu.
21. Dez.: Die Bundesversammlung genehmigt die bundesrätliche Vorlage betreffend Arbeitsbeschaffung als dringlichen Bundesbeschluss im Nationalrat mit 105 gegen 2 Stimmen, im Ständerat ohne Gegenstimme.

Ausland.

6. Febr.: In Paris finden grosse faschistische Kundgebungen statt, um die Regierung des Linkskartells zu stürzen. Tatsächlich tritt das Kabinett Daladier am folgenden Tag zurück und wird ersetzt durch Doumergue, der eine Regierung der «nationalen Konzentration» bildet.
12. Febr.: Als Protest gegen die faschistischen Demonstrationen führt der französische Gewerkschaftsbund (C. G. T.) einen 24stündigen Generalstreik durch, an dem sich mehr als eine Million Arbeiter beteiligen.
- Nachdem in Oesterreich durch die Regierung Dollfuss schon lange systematisch alle demokratischen Freiheiten abgebaut worden waren, setzten die österreichischen Heimwehren zum Staatsstreich an, was die Arbeiterschaft zu einem Verzweiflungskampf veranlasst. Tage lang dauern furchtbare Kämpfe an um die Vororte von Wien. Sie enden mit einer Niederschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung.
30. Juni: Hitler lässt die massgebenden Führer der S. A. und zahlreiche andere ihm unbequeme Personen (darunter General v. Schleicher, Stabschef Röhm, Gregor Strasser) ermorden, angeblich um einem Komplott zuvorzukommen.

25. Juli: Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß wird bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten ermordet.
2. Aug.: Der deutsche Reichspräsident v. Hindenburg ist gestorben. Am gleichen Tage wird ein Gesetz der Reichsregierung verkündigt, das das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zusammenlegt und sie Hitler überträgt, der seinen Stellvertreter selbst ernennt.
19. Aug.: Hitler lässt sich in einer sogenannten Volksabstimmung ein Vertrauensvotum geben für seine Auslandspolitik. Bei 46 Millionen Stimmberechtigten und 43,4 Millionen abgegebenen Stimmen werden 38,3 Millionen Ja und 4,3 Millionen Nein gezählt.
16. Sept.: Bei den Landstingwahlen in Schweden erzielt die Regierungskoalition der Sozialdemokraten und des Bauernverbandes einen grossen Wahlsieg.
17. Sept.: Sowjetrussland wird in den Völkerbund aufgenommen mit 38 gegen 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen; dagegen stimmen die Vertreter von Holland, Portugal und der Schweiz.
7. Okt.: In Spanien bricht ein Bürgerkrieg aus, da die monarchistisch-faschistischen Mächte die Republik immer stärker abbauten und die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzt. Katalonien proklamiert seine Unabhängigkeit. Doch nach einigen Tagen wird der Aufstand niedergeschlagen.
9. Okt.: König Alexander von Jugoslawien wird in Marseille durch Attentäter erschossen. Der französische Ministerpräsident Barthou, der ihn begleitet, findet ebenfalls den Tod.

Buchbesprechungen.

August Forel. Rückblick auf mein Leben. Grossformat, 304 Seiten mit 14 Bildern. Europa-Verlag, Zürich. Kart. Fr. 6.50, Leinen Fr. 8.50.

Mit Bewunderung und Dankbarkeit folgen wir dem Weg des Forschers und Arztes. Klar, wahr, mutig und sehr schlicht ist er ihn gegangen. Arzt in wahrhaft umfassendem Sinn. Kämpfer für die Menschen- und Menschheitswerdung. Ein Lebendiger, kein Toter.

Forels Buch soll uns ein Aufruf zur tapferen Fortsetzung seiner Ideen sein und gehört in die Hand jedes denkenden Menschen. V.F.

H. R. Knickerbocker. Kommt Krieg in Europa? Rowohlt-Verlag, Berlin. 1934. 180 S.

Die Reise des amerikanischen Reporters führt durch die europäischen Hauptstädte, um Antwort zu erhalten auf seine Frage. Ueberall trifft er Friedensbeteuerungen, Furcht vor den Nachbarn und Aufrüstung. Doch am Schluss seiner Reise ist das Fragezeichen so gross wie vorher. Das Buch ist mit journalistischem Schmiss geschrieben, aber auch mit mindestens so grosser journalistischer und amerikanischer Oberflächlichkeit. W.

Der Naturfreund.

Es macht einem Freude, diese ausgezeichnete Monatsschrift des Touristenvereins «Die Naturfreunde» zu empfehlen. Sorgfältig redigiert und in jeder Nummer mit einer Fülle von prächtigem Bildmaterial ausgestattet, zeugt sie vom hohen Stand des Kulturstrebens der Naturfreunde. Der textliche Inhalt befasst sich hauptsächlich mit natur- und völkerkundlichen Fragen und gesundem Sport. Er ist darauf eingestellt, unter der Arbeiterschaft Freude am Naturerleben zu wecken.